

FREIE WÄHLER
Landesvereinigung Bremen
Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl in
Bremen am 26. Mai 2019

ZEIT FÜR DEN WECHSEL



www.hb.freiewaehler.eu

FREIE WÄHLER

Landesvereinigung Bremen

Wahlprogramm

zur Bürgerschaftswahl in Bremen am 26. Mai 2019

FRISCHE IDEEN FÜR BREMEN



EINLEITUNG

Am 26. Mai 2019 wählen die Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens eine neue Zusammensetzung ihrer Parlamente. In Bremen den neuen Landtag, die Stadtbürgerschaft und die Stadtteilparlamente (Beiräte), in Bremerhaven die Stadtverordnetenversammlung.

Wir FREIE WÄHLER entstammen einer kommunalpolitischen Bewegung, deren Geschichte in Deutschland bis zu den Wurzeln der Bonner Republik zurückgeht. Nach Jahrzehnten der Arbeit in den Städten und Gemeinden haben sich Stadträte und Bürgermeister im Jahr 2009 aufgemacht, eine einheitliche Partei zu schaffen. Die FREIE WÄHLER Bundesvereinigung versteht sich als moderne, liberal-konservative Bürgerbewegung der Vernunft und des gesunden Menschenverstands. Bei der letzten Landtagswahl im Oktober 2018 in Bayern haben die FREIEN WÄHLER laut amtlichem Endergebnis 11,6 % der abgegebenen Stimmen erzielt und bilden mit der CSU die neue Landesregierung. Die bundes- und europapolitischen Positionen sind in einem Grundsatzprogramm niedergelegt und wurden zur Bundestagswahl 2017 und zur Europawahl am 26. Mai 2019 aktualisiert.

Im Oktober 2018 wurde eine Landesvereinigung der FREIEN WÄHLER in Bremen gegründet. Auf den nachfolgenden Seiten stellen wir Ihnen auszugsweise die Schwerpunkte unseres Wahlprogramms für die Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019 in Bremen vor. Unser Ziel ist eine Beteiligung an dieser Wahl und der Einzug in die Bürgerschaft in Fraktionsstärke. Mit frischen Ideen wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass in der Politik das Bürgerinteresse in den Mittelpunkt gerückt wird. Das ausführliche Wahlprogramm finden Sie unter www.hb.freiewaehler.eu.

Wir sind überzeugt: Die Zeit ist gekommen, für einen politischen Wechsel an der Weser.

DEMOKRATIE UND WILLENSBILDUNG.....9

- Transparenz
- Öffentlichkeit politischer Gremiensitzungen
- Einschränkung der „Gutachteritis“
- Einstellungen im öffentlichen Dienst allein aufgrund fachlicher Eignung
- Wirksame Frauenförderung
- Senkung der Hürden für Volksentscheide
- Kritische, ergebnisoffene Überprüfung der Stadtteilbeiräte und Ortsämter

STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR.....10

- BoFF – Bauen ohne Flächenfraß
- Übergeordnete Stadtentwicklung für die Menschen in unserer Stadt
- Bedarfsgerechter, ideologiefreier Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

STADTENTWICKLUNG im Herzen Bremens11

- Menschenfreundliches Innenstadtkonzept entwickeln
- Das „Viertel“ als Opfer der Spaßgesellschaft
- Entwicklungsgebiet Hulsberg-Quartier
- Anwohnerfreundliche Umnutzung der ehemaligen Bundesbank-Zentrale

STADTENTWICKLUNG im Bremer Osten.....12

- Keine Bebauung der Osterholzer Feldmark
- Verlängerung der Hermann-Koenen-Straße, Anschlussverbindung zur BAB A27
- Erhalt des Rennbahngeländes als Grün- und Naherholungsfläche
- Keine Ausweitung der Gewerbeflächen in der Arberger Marsch
- Maßvolle Bebauung des Mühlenfeldes in Obemeuland
- Erhalt des Uni-Bades
- Verkehrsentlastungskonzept im Bremer Nordosten
- Erhalt schützenswerter Bausubstanz

STADTENTWICKLUNG im Bremer Westen13

- Nachhaltige Stadterneuerung
- Verkehrsentlastung in der Überseestadt und Aufbau sozialer Infrastruktur
- Schutz der Waller Feldmark

STADTENTWICKLUNG im Bremer Süden14

- A 281 und Bundesstraße 6 neu: Nachhaltige Lösungen statt Trassenwahn
- Erhalt der 136 Platanen/ Platanen-Stadtstrecke als Filter retten
- Keine Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 in Huchting/ Erhalt der Buslinien
- Umnutzungskonzept ehemalige „Brinkmann-Hallen“
- Verkehrsentlastungskonzept B 75 und Ausbau der sozialen Infrastruktur im GVZ

STADTENTWICKLUNG im Bremer Norden.....15

Keine Bebauung des Knoop-Park
Übergreifendes Zentren- und Nebenzentrenkonzept
Nachhaltige Entwicklung ehemaliger Industrieareale
Stärkung der Wahrnehmung von Bremen-Nord

GESUNDE LEBENSGRUNDLAGEN, UMWELT UND NATURSCHUTZ.....16

Neues Trinkwasserkonzept für Bremen
Tierwohl und gesunde Ernährung
Mindestgrenzwerte für Luftreinhaltung einhalten
Lärm-Bekämpfung nach dem Bremer Lärm-Kastater
Ausbau Elektromobilität und alternativer umweltfreundlicher Antriebsformen
Verbot von „Fracking“

GESUNDHEIT UND SOZIALES.....17

Übergreifendes, nachhaltiges Krankenhauskonzept
Faire Löhne für gute Arbeit
Angemessene Ausbildungsvergütung
Landesweit bedarfsgerechte Ärzteversorgung
Deutliche Verbesserung des Präventions- und Vorsorgeangebotes
Verbindliche Einhaltung von Schuleingangsuntersuchungen

BILDUNG UND ERZIEHUNG.....18

Schulsanierungsprogramm
Gerechte Bildungschancen
Frühkindliche Bildung
Kostenfreie Kindergärten
Deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben
Lernen braucht Zeit, Rückkehr zu G 9
Stadtteilbezogener Mitteleinsatz, Brennpunkt-Schulen besonders fördern
Lückenbüßertum von Schulvereinen und „Stadtteil-Schule“ beenden
Inklusion
Verantwortliche Medienkompetenz
Enge Kooperation zwischen Schulen und externen pädagogischen Partnern
Ausbau des Ganztagschulangebotes
Stärkung des Schulsports und des Schwimmunterrichts
Wertschätzung und Ausbau musisch-künstlerischer Fächer
Überarbeitung und Aktualisierung sämtlicher Lehrpläne
Klare Werteorientierung in Schule und Ausbildung
Konsequentes Vorgehen gegen Schulschwänzer
Erwachsenenbildung

KUNST UND KULTUR.....21

- Kunst und Kultur sind frei
- Umfassende Reform der Förderpolitik
- Klare, langfristig angelegte Kulturstrategie
- Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
- Print-Medien und Büchervielfalt stärken
- Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft
- Rücksichtnahme und Toleranz

ARBEIT UND WIRTSCHAFT.....22

- Guter und gleicher Lohn für gute Arbeit
- Entwicklung eines übergeordneten Rahmenplanes für die Wirtschaftsentwicklung
- Stärkung des lokalen Einzelhandels und regionaler Handwerksbetriebe
- Verpflichtende Betriebspraktika und wirtschaftliche Grundlagenbildung
- Sachgerechte Vergabeentscheidungen der öffentlichen Hand
- Tourismusstandort stärken
- Gewerbegebiete nachhaltig und übergreifend weiterentwickeln
- „Cluster-Strategie“ und Wirtschaftsförderung überarbeiten und neu ausrichten
- Wissenschaftsstandort weiterentwickeln
- Existenzgründungsförderung reformieren
- Umfassender Bürokratieabbau und schlanke Genehmigungsverfahren
- Überprüfung der Subventionen für Qualifizierungsgesellschaften
- Spielhallen und Wettbüros einschränken

SICHERHEIT UND RECHTSSTAAT.....25

- Reform der Polizeireform 2600
- Konsequente Bekämpfung rechtsfreier Räume
- Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols
- Ausreichende und sachgerechte Ausstattung im Justizwesen
- Stärkung des Verfassungsschutzes
- Überprüfung der Präventionspolitik

FLÜCHTLINGE UND MIGRATION.....27

HAUSHALT UND FINANZEN.....28

DEMOKRATIE UND WILLENSBILDUNG

Wir FREIE WÄHLER stehen für eine offene, transparente Politik mit gesundem Menschenverstand. Unser Ziel ist eine echte Bürgermitwirkung von Anfang an und die Offenlegung der politischen Entscheidungsprozesse.

Transparenz

Wir begrüßen ausdrücklich sämtliche Bemühungen der Verwaltung für einen „gläsernen Staat“ unter Nutzung der Möglichkeiten der Informationstechnologie.

Öffentlichkeit politischer Gremiensitzungen

Für die FREIEN WÄHLER gilt der Grundsatz der Öffentlichkeit politischer Sitzungen in Bürgerschaft, Beiräten, Ausschüssen und Deputationen.

Einschränkung der „Gutachteritis“

Die FREIEN WÄHLER setzen sich dafür ein, dass in den Verwaltungsprozessen klare Verantwortlichkeiten und Strukturen etabliert werden. Der Sachverstand ist in Behörden und Ämtern durch Neubesetzungen zu stärken. Der Staat muss seine Aufgaben selbst sach- und fachgerecht erfüllen können. Externer Rat muss wieder die gut begründete Ausnahme und nicht die Regel sein.

Einstellungen im öffentlichen Dienst allein aufgrund fachlicher Eignung

Wir FREIE WÄHLER setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass sämtliche Positionen im öffentlichen Dienst einzig und ausschließlich an Bewerber vergeben werden, die aufgrund ihrer fachlichen Eignung die Aufgabe sach- und fachgerecht ausführen können.

Wirksame Frauenförderung

Die FREIEN WÄHLER sind für eine Stärkung und weitere Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes.

Senkung der Hürden für Volksentscheide in Bremen

Die organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung eines Volksentscheids müssen auf eine machbare Form reduziert werden. Unser Ziel ist eine Verlängerung der Frist zur Gewinnung von Mit-Unterzeichnern bei einem Volksbegehren auf 6 Monate und eine Absenkung der Prozent-Marke auf 3 % der Wahlberechtigten.

Kritische, ergebnisoffene Überprüfung der Stadtteilbeiräte und Ortsämter

Wir FREIE WÄHLER sind der Auffassung, dass die bisherige Struktur der Beiräte und Ortsämter einer kritischen, ergebnisoffenen Analyse unterzogen werden sollte. Zielsetzung sind schlankere Strukturen, kürzere und schnellere Verfahren bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben sowie eine effizientere, moderne und bürgernahe Verwaltung.

STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR

Wir FREIE WÄHLER wollen in Bremen bauen und den Wohnungsmangel beheben. Allerdings wollen wir nicht die letzten Bremer Grünflächen oder gar Parks hierfür nutzen.

BoFF – Bauen ohne Flächenfraß

Allein unser Konzept BoFF - Bauen ohne Flächenfraß entspricht einem Potential von mehr als 100.000 Wohneinheiten. Bauen ohne Flächenfraß heißt, dass vorrangig folgende Schritte umgesetzt werden:

- Unbebaute, gleichwohl erschlossene Flächen nachverdichten
- Ausgewiesene Baulücken angemessen bebauen
- Substanzverbessernde Aufzonenmaßnahmen durchführen
- Überbauung von Infrastrukturflächen
- Sinnvolle Bestandsumnutzung
- Angemessene Wohnflächenanpassung
- Nutzung von Wohnungsleerständen

Übergeordnete Stadtentwicklung für die Menschen in unserer Stadt

Wir FREIE WÄHLER fordern die Einrichtung eines mit unabhängigen Fachleuten besetzten Gestaltungsbeirates, wie er in vielen Städten bereits eingerichtet wurde, der die übergeordnete Stadtentwicklung gemeinsam mit der Senatsbaudirektion und der Baubehörde konstruktiv und sachverständig begleitet. Es ist an der Zeit, dass Bremen und Bremerhaven im Rahmen eines übergeordneten Stadtentwicklungsplanes zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Hierbei sind die Interessen und die Gesundheit der Bürger unserer Stadt besonders zu würdigen.

Wir FREIE WÄHLER setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass sinnvolle, nachhaltige Stadtentwicklungsprojekte zeitnah, strukturiert und unter enger Mitwirkung der Bürger von Anfang an vorangetrieben werden.

Bedarfsgerechter, ideologiefreier Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

In der Verkehrspolitik stehen wir FREIE WÄHLER für eine ideologiefreie Schwerpunktsetzung im vernünftigen Interessenausgleich der verschiedenen Verkehrsträger. Die Verkehrsinfrastruktur muss bedarfsgerecht und im Sinne einer Verkehrsgerechtigkeit weiterentwickelt werden. Hierzu gehört auch die dringend erforderliche Sanierung von Brückenbauwerken, aber auch der Fuß- und Radwege in den Stadtquartieren. Mit intelligenten Ampelschaltungen, übergreifenden, modernen und vernetzten Mobilitätskonzepten und insbesondere einer Stärkung des ÖPNV sollte die Verkehrswende pragmatisch und konsequent fort- und umgesetzt werden.

STADTENTWICKLUNG im Herzen Bremens

Menschenfreundliches Innenstadtkonzept entwickeln

Die Bremer Innenstadt benötigt eine umfassende konzeptionelle Überarbeitung sowie eine klare politische Führung und Bürgermitwirkung, wohin die weitere Entwicklung führen soll. Die Innenstadt ist anhand der Bedürfnisse der Menschen in unserer Stadt und als historisches Zentrum zu bewahren. Das heißt beispielsweise (weitere konkrete Vorschläge im ausführlichen Wahlprogramm):

- Berücksichtigung und Stärkung des inhabergeführten Einzelhandels
- Schaffung einer menschengerechten Infrastruktur mit ausreichend Grünöasen, Sitzgelegenheiten, Ruhezeiten, Sanitäreinrichtungen und höchstmöglicher, generationengerechter Barrierefreiheit
- Erhalt und kostenlose Nutzung ausreichender Parkmöglichkeiten für Schwerbehinderte und ältere, auf den PKW angewiesene Bürger
- Erbringung öffentlicher Dienstleistungen im Ver- und Entsorgungswesen sowie des Zulieferverkehrs in Geschäfts-Randzeiten und klare Regeln für die Bereitstellung von Mülltonnen, Gehwegreinigung etc.
- Einheitliches, kostengünstiges ÖPNV-Innenstadt-Ticket

Das „Viertel“ als Opfer der Spassgesellschaft

Das Ostertor- und das Steintorviertel sind in den letzten Jahrzehnten drei konkreten Angriffswellen ausgesetzt gewesen. Dem gigantomanen Mozart-Trassen-Konzept der 60er Jahre, der amtlichen Drogenpolitik der 1990er Jahre und heute dem Bebauungsplan 2283 im Jahre 2005 mit der Aufhebung der Konzessions-Sperre. Die ersten beiden Angriffe auf das „Viertel“ konnten nach erbitterten Kämpfen der betroffenen Bevölkerung abgewehrt werden.

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine Wiederbelebung des beliebten „Viertel“ unter Berücksichtigung der Interessen der Menschen und deren Mitwirkung ein. Tendenzen zur uferlosen Ausweitung von Kneipen, Kiosken, Spielhallen, Wettbüros und Billig-Läden oder nächtlichen Lärmbelästigungen und Rücksichtslosigkeit, Zwangsprostitution in Verbindung mit Menschenhandel, Drogen- und Geldwäsche, Kriminalität wollen wir konsequent eindämmen.

Entwicklungsgebiet Hulsberg-Quartier

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine eng abgestimmte Gesamtplanung des Areals unter besonderer Berücksichtigung der Belange einer mittel- und langfristigen Ausbaureserve für weitere klinik-medizinische Bedarfe, der Anwohner, der erhaltenswürdigen Bausubstanz zur sinnvollen Umnutzung und einer ausgewogenen sozialen Infrastruktur ein.

Anwohnerfreundliche Umnutzung der ehemaligen Bundesbank-Zentrale in der Kohlhöckerstraße

Aktuell möchte ein Investor anstelle der ehemaligen Bundesbankzentrale einen Wohnturm errichten. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine deutlich kostengünstigere, aber möglicherweise nicht so renditeträchtige Umnutzung des Bestandsgebäudes in Wohnraum bzw. eine Neubebauung ein, die sich in angemessener Weise in die Nachbarschaft einfügt.

STADTENTWICKLUNG

im Bremer Osten

Keine Bebauung der Osterholzer Feldmark

Wir FREIE WÄHLER lehnen eine Bebauung der Osterholzer Feldmark ab und wollen diese als Grünfläche und einmalige Kulturlandschaft erhalten. Unter der Osterholzer Feldmark befindet sich das letzte große Trinkwasser-Reservoir auf Bremens Stadtgebiet.

Verlängerung der Hermann-Koenen-Straße, Anschlussverbindung zur Bundesautobahn A 27

Zur verkehrlichen Entlastung der Stadtteile Osterholz und Vahr setzen wir uns für eine (ursprünglich auch geplante) Verlängerung der Hermann-Koenen-Straße um wenige Hundertmeter bis zur BAB-Anschlussstelle Vahr ein.

Erhalt des Rennbahn-Geländes als Grün- und Naherholungsfläche

Wir FREIE WÄHLER unterstützen das Volksbegehren zum Erhalt der Rennbahn-Fläche als Grün- und Naherholungsgebiet vollständig.

Keine Ausweitung der Gewerbeflächen in der Arberger Marsch

Eine weitere Ausweitung der Gewerbeflächen und eine weitere Versiegelung von Kulturböden in der Arberger Marsch lehnen wir ab.

Maßvolle Bebauung des Mühlenfeldes in Oberneuland

Das Baudenkmal der Mühle in Oberneuland muss erhalten werden und die Bebauung der ausgewiesenen Baulandflächen – soweit überhaupt erforderlich - angemessen, maßvoll und in sinnvoller Ergänzung der Stadtteilstruktur beplant werden.

Erhalt des Uni-Bades

Wir FREIE WÄHLER unterstützen die Initiative Pro Unibad und wehren uns gegen die Pläne, das einzige wettkampftaugliche und denkmalgeschützte Schwimmbad in der Metropolregion Nordwest aufzugeben und abzureißen. Die bereits in der Umsetzung befindlichen (Fehl-) Planungen zur „Verstümmelung“ des beliebten Horner Freibades sind aus unserer Sicht unwirtschaftlich und nicht im Interesse der Bürger.

Verkehrsentlastungskonzept im Bremer Nordosten

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für die ideologiefreie Entwicklung eines tragfähigen Verkehrsentlastungskonzeptes auf der Achse Leher -, Lilienthaler und Borgfelder Heerstraße und der Umlandgemeinden ein. Darüber hinaus müssen weitere „Park & Ride“-Flächen für eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV-Angebots geschaffen werden.

Erhalt schützenswerter Bausubstanz

Stadtbildprägende Gebäude wie das Medienhaus an der Schwachhauser Heerstraße oder die Kaufmannsvilla der Bremischen Volksbank an der Kurfürstenallee sollten erhalten bleiben und nicht wie das ehemalige Concordia-Theater abgerissen werden. Wir FREIE WÄHLER setzen uns hier nachdrücklich für eine Änderung des Planungs- und Genehmigungsrechts ein, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten.

STADTENTWICKLUNG

im Bremer Westen

Nachhaltige Stadterneuerung

Gerade im Bremer Westen muss für eine gelingende Integrations- und Stadtentwicklungspolitik ein übergreifendes, nachhaltiges Stadterneuerungskonzept auf der Basis des vorliegenden „Integrierten Entwicklungskonzeptes“ für Gröpelingen entwickelt werden. Wir FREIE WÄHLER fordern, die mit reichlich EU-Fördermitteln entwickelten Gestaltungs- und Entwicklungskonzepte nunmehr konsequent und zeitnah umzusetzen.

Für die Überseestadt muss kurzfristig ein umfassendes Verkehrskonzept entwickelt werden und die bislang völlig unzureichende soziale und Nahversorgungsinfrastruktur aufgebaut werden. Die Planungen eines Schulbaus und einer Kindertagesstätte auf der sog. „Überseeinsel“ unterstützen wir FREIE WÄHLER ausdrücklich.

Schutz der Waller Feldmark

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für einen Schutz der Waller Feldmark und eine sinnvolle Weiterentwicklung der „Kaisen-Häuser“ und der dortigen Kleingartengebiete ein. Insbesondere lehnen wir es entschieden ab, dort eine Ausgleichsfläche für die Lagerung von Hochofen-Schlacke des Bremer Stahlwerkes in dessen angrenzendem Naturschutzgebiet auszuweisen.

STADTENTWICKLUNG

im Bremer Süden

A 281 und Bundesstraße 6 neu: Nachhaltige Lösungen statt Trassenwahn

Wir FREIE WÄHLER unterstützen die drei Hauptziele des Ringschlusses der A 281, nämlich die Zeit- und Kostenvorteile für den überregionalen Nord-Süd-Verkehr (Eckverbindung A 1 und A 27), die bessere Erreichbarkeit für Bremer Wirtschaftszentren und insbesondere die Verkehrsentlastung unserer Wohngebiete. Die teilweise seit Jahrzehnten andauernden (Fehl-) Planungen sind jedoch aus unserer Sicht unhaltbar.

Der bisher vorgesehene mindestens 150 Millionen Euro teure Bauabschnitt 2.2 der A281 zum Zubringer Arsten ist aus unserer Sicht überflüssig und schädlich. Wir FREIE WÄHLER fordern, auf die Autobahn zum Zubringer Arsten zu verzichten und die laufenden Planungen einzustellen. Vorrang haben die gezielte Beseitigung von Engpässen, wie der Bau der schon 2002 planfestgestellten Auf- und Abfahrt am Neuenlander Ring, verkehrslenkende Maßnahmen und die Instandhaltung vorhandener Straßen.

Erhalt der 136 Platanen / Platanen-Stadtstrecke als Filter retten

Wir FREIE WÄHLER setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass die 136 Platanen am Neustadtsdeich erhalten bleiben und keinesfalls gefällt werden. Diese Bäume leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Luftreinhaltung in der hochbelasteten Stadt Bremen.

Keine Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 in Huchting/ Erhalt der Bus-Linien

Wir FREIE WÄHLER schließen uns dem Bürgerbegehren zum Erhalt der bisherigen Linienbusverbindungen in Huchting an und lehnen die Planungen zur Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 – auch zum Schutz des von der Maßnahme bedrohten Baumbestandes – nachhaltig ab.

Umnutzungskonzept ehemalige „Brinkmann-Hallen“

Das geplante Umnutzungskonzept für das gesamte Areal rund um die ehemaligen „Brinkmann-Hallen“, eine Einbindung des ehemaligen Gas-Werkes und der umliegenden Gewerbeflächen kann aus Sicht der FREIEN WÄHLER eine städtebauliche Chance bieten. Wir setzen uns für eine Bürgermitwirkung der Anwohner in den Stadtteilen Rablginghausen und Woltmershausen für die Quartiersentwicklung von Anfang an ein.

Verkehrsentlastungskonzept B 75 und Ausbau der sozialen Infrastruktur im Güterverkehrszentrum

Die Verkehrsbelastung auf der B 75 und insbesondere die Sanierungsbedürftigkeit der Stephani-Brücke führen zu einer erheblichen Belastung der Anwohner bzw. drohen diese langfristig noch stärker zu beeinträchtigen. Die FREIEN WÄHLER setzen sich für eine vorrangige Entwicklung eines Verkehrsentlastungskonzeptes ein.

Im Güterverkehrszentrum (GVZ) ist neben der weiteren Erschließung auch die soziale Infrastruktur wie Toiletten, Ruhe- und Aufenthaltsbereiche sowie Versorgungsmöglichkeiten für Berufskraftfahrer zu entwickeln.

STADTENTWICKLUNG

im Bremer Norden

Keine Bebauung des Knoops Park

Wir FREIE WÄHLER lehnen eine Randbebauung des Knoops-Park, wo sich die Gärten des Landguts Wolde und später das Gartenbauamt befanden, nachhaltig ab und verfolgen das ursprüngliche Ziel eines Bürgerparks für Bremen-Nord.

Übergreifendes Zentren- und Nebenzentrenkonzept

Unter dem Titel „Der Bremer Norden in Bewegung“ ist ein „Integriertes Struktur- und Entwicklungskonzept für den Bremer Norden“ in Arbeit. Die darin niedergelegten prioritären Maßnahmen werden von den FREIEN WÄHLERN grundsätzlich geteilt, wobei ein Fokus auf eine gleichberechtigte und nachhaltige Weiterentwicklung aller drei Stadtteile gelegt werden muss und insbesondere die aus der Marktsituation und dem hohen Leerstand von Wohnungen in Blumenthal resultierenden Herausforderungen aus der überproportionalen Unterbringung von Flüchtlingen aktiv begleitet werden sollten.

Nachhaltige Entwicklung ehemaliger Industrieareale

Die ehemaligen Industrieareale und militärisch genutzten Flächen an der Landesgrenze bieten große Chancen für eine neue Belebung des Bremer Nordens. Hierzu bedarf es einer übergreifenden, nachhaltigen Planung und aktiven Förderung in enger Abstimmung mit den Menschen im Bremer Norden.

Stärkung der Wahrnehmung von Bremen-Nord

Von überragender Bedeutung ist, dass Bremen-Nord eine besondere Wertschätzung und Gleichberechtigung mit den anderen Quartieren und Bezirken in Bremen genießt. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine deutliche Stärkung der Wahrnehmung von Bremen-Nord und eine besondere Unterstützung im Strukturwandel ein.

GESUNDE LEBENSGRUNDLAGEN, UMWELT UND NATURSCHUTZ

Die Natur (Luft, Wasser, Erde, Pflanzen und Tiere) kann ohne den Menschen leben, wir Menschen hingegen nicht ohne die Natur, daher halten wir einen wirksamen Schutz unserer Lebensgrundlagen für unverzichtbar.

Neues Trinkwasser-Konzept für Bremen

Wir FREIE WÄHLER setzen uns in Bremen für ein neues Trinkwasser-Konzept ein. Unser Ziel ist es, die quantitative und qualitative Wasserversorgung aus regionalen Wasservorkommen zu fördern. Hierzu wollen wir bspw. mit der Methode des Uferfiltrates das Weserwasser sowie die natürlichen Vorkommen unter der Osterholzer Feldmark umweltschonend und nachhaltig nutzen.

Tierwohl und gesunde Ernährung

Das Tierwohl und eine gesunde Ernährung liegen uns FREIE WÄHLER besonders am Herzen. Wir unterstützen das Ziel des Senats, in öffentlichen Einrichtungen kein sog. „Billig-Fleisch“ mehr zu nutzen, allerdings halten wir das Ausstiegsdatum im Dezember 2024 für deutlich zu spät. Hier muss Bremen sich ein ambitionierteres Ziel setzen. Die Aufklärungs- und Präventionsangebote für eine gesunde Ernährung bei Kindern und Jugendlichen müssen weiter gestärkt und ausgebaut werden.

Darüber hinaus sind die Kontrollen für Veterinärtransporte zu verstärken und geeignete Maßnahmen zu treffen, um Warenlieferungen aus unlauteren Betrieben wirksam zu unterbinden.

Mindestgrenzwerte für Luftreinhaltung einhalten

Es gibt für Schadstoff-Belastungen keine Grenzwerte, unterhalb derer keine Belastungen auftraten. Vielmehr schädigt jeder Eintrag in die Umwelt. Es ist gesellschaftliche, bzw. politische Übereinkunft, wie groß die Schäden sein dürfen, um keine Revolten der Bevölkerung hervorzurufen (siehe „Diesel-Skandal“). Deshalb fordern wir FREIE WÄHLER, dass wenigstens die Grenzwertüberschreitungen ernst zu nehmen sind.

Lärm-Bekämpfung nach dem Bremer Lärm-Kataster

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine deutliche Reduzierung der Lärmbelastung anhand des Bremer Lärm-Kataster ein. Die aus dem Lärm-Kataster ersichtlichen Überschreitungen sind durch geeignete Maßnahmen endlich konsequent zu verringern. Darüber hinaus sind das Nachtflug-Verbot am Bremer Flughafen einzuhalten und konkrete Maßnahmen für einen angemessenen Schutz der Bremer Bevölkerung vor den Folgen des ansteigenden Güter- und Personenverkehrs auf der Schiene einzuleiten und umzusetzen.

Ausbau Elektromobilität und alternativer umweltfreundlicher Antriebsformen

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für ein umfassendes Förder- und Entwicklungskonzept im Bereich E-Mobilität und Nutzung alternativer, umweltfreundlicher Antriebsformen in Bremen ein.

Verbot von „Fracking“

Wir FREIE WÄHLER lehnen kategorisch jede Form des sog. Fracking sowie etwaige Probebohrungen und sonstige vorbereitende Prüfungen im gesamten Landesgebiet und im niedersächsischen Umland ab.

GESUNDHEIT UND SOZIALES

Übergreifendes, nachhaltiges Krankenhauskonzept für Bremen und Bremerhaven Auf der Basis des aktuellen, tatsächlichen Bedarfs und unter Berücksichtigung einer Szenario-Analyse bei schrumpfender, gleichbleibender und steigender Bevölkerung ist eine angemessene Zielstruktur unter Bündelung von Kompetenzen an den einzelnen Kliniken zu entwickeln. In enger Abstimmung zwischen den städtischen und den privat-gemeinnützigen Kliniken ist eine Krankenhausplanung 2025 umzusetzen. Als wesentlichem Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ist diese Krankenhausstruktur ausreichend zu finanzieren.

Faire Löhne für gute Arbeit

Den Beschäftigten im Gesundheitswesen ist eine besondere Wertschätzung für deren wichtige Tätigkeiten entgegenzubringen. Dies beinhaltet neben einer guten Führung auch faire, angemessene Löhne insbesondere auch die Berücksichtigung von besonderen Belastungen z.B. aus Nacharbeit, Schichtdienst etc. Die FREIEN WÄHLER schließen sich ausdrücklich den Forderungen des Bündnisses für eine faire Entlohnung der Beschäftigten und mehr Personal im Gesundheitswesen an („Volksbegehren gegen den Pflegenotstand“).

Angemessene Ausbildungsvergütung

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine vollständige Befreiung von Ausbildungskosten und eine faire, angemessene Ausbildungsvergütung ein.

Landesweit bedarfsgerechte Ärzteversorgung

Mit geeigneten Anreiz- und Zulassungsverfahren ist landesweit eine ausreichende haus- und fachärztliche Versorgung sicherzustellen. Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass der Staat die gewünschte stadtweite Versorgung nicht zu Lasten der Mediziner, sondern mit Hilfe der Allgemeinheit auflöst und entsprechende Anreizsysteme schafft.

Deutliche Verstärkung des Präventions- und Vorsorgeangebotes

Gerade in sozial schwächeren Quartieren liegt die Sterblichkeit überdurchschnittlich höher, gibt es besondere Risikolagen und werden Präventions- und Vorsorgeangebote

unterdurchschnittlich genutzt. Mit entsprechender Aufklärung und zielgerichteten Angeboten müssen hier wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Verbindliche Einhaltung von Schuleingangsuntersuchungen

Aus Gründen des Kindeswohls und zur allgemeinen Gesundheitsvorsorge sind staatlich angeordnete Pflichtuntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen durchzusetzen.

Der verpflichtend angebotene Schwimm- und Sportunterricht in der Schule ist von allen Schülerinnen und Schülern konsequent wahrzunehmen und Vermeidungspraktiken zu unterbinden.

BILDUNG UND ERZIEHUNG

Schulsanierungsprogramm

Im Rahmen einer umfangreichen Bestandsanalyse sind die Mängel in den Schulen offen und transparent zu erheben und darzustellen. In enger Abstimmung mit den Schulleitungen ist eine optimale Instandsetzung der Schulinfrastruktur für die jeweilige Schule unter besonderer Berücksichtigung der Bausubstanz zu planen. Ein Abstimmungsstau, der sich aus Zuständigkeitsfragen zwischen dem zuständigen Senatsressort und der landeseigenen Immobilienanstalt ergibt, ist dringend aufzulösen. Etwaige Doppel-Strukturen sind zu vermeiden und eine eigenverantwortliche Einheit einzurichten, die für eine vernünftige und zeitgerechte Umsetzung des Schulsanierungsprogramms verantwortlich ist. Im Rahmen einer übergreifenden Mehr-Jahresplanung und unter Aufstockung der erforderlichen Mittel ist der Sanierungsstau bis 2025 aufzulösen. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für einen Vorrang solcher Investitionen im bremischen Haushalt ein.

Gerechte Bildungschancen

Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen in Bremen gleiche Bildungschancen garantieren. Unser Schulsystem muss ihnen den Raum zur Selbstverwirklichung geben, um ihre persönlichen Fertigkeiten, Interessen und Stärken auszubilden und sie auf das Berufsleben optimal vorzubereiten.

Frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die zukünftigen Bildungs- und Lernprozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder mindestens ein Jahr vor ihrer Einschulung verpflichtend kostenfrei in den Kindergarten gehen.

Gerade für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir FREIE WÄHLER weitere flexible Betreuungsangebote in Bremen und Bremerhaven entwickeln und ähnlich dem Hamburger Modell auch in Tagesrandzeiten eine gute Bedarfsdeckung aufbauen.

Kostenfreie Kindergärten

Wir setzen uns für eine vollständige Abschaffung sämtlicher Kindergartengebühren ein. Der Betreuungsschlüssel in der Krippe sollte bei 1 Betreuer für 3 Kinder und im Kindergarten bei 1 Betreuer für maximal 8 Kinder liegen. Das Unterstützungspersonal insbesondere zur Sprach- und Schulvorbereitung sowie Präventionsmaßnahmen und Elternaustausch sollte deutlich verstärkt werden.

Deutliche Erhöhung der Bildungs-Ausgaben

Die Bildungsausgaben im Haushalt sind auf das Niveau der anderen Stadtstaaten anzupassen und den Bildungsinvestitionen ein absoluter Vorrang einzuräumen. Beispielsweise gibt Hamburg für einen Grundschüler pro Jahr ca. 9.300 Euro aus, während es in Bremen nur ca. 6.400 Euro sind.

Lernen braucht Zeit, Rückkehr zu G9

Eine kind- und jugendgerechte Persönlichkeitsentwicklung braucht seine Zeit. Daher fordern wir FREIE WÄHLER die Rückkehr von G8 zu G9 auch an den Bremer Gymnasien.

Stadtteilbezogener Mittel-Einsatz, Brennpunkt-Schulen besonders fördern

Die Finanzmittel für die Bremer Schullandschaft müssen sachgerecht über die Stadt verteilt werden.

Allgemein müssen Kinder bei ihrer Einschulung eine ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache haben. Für Geflüchtete und deren Eltern müssen dazu ausreichend Sprachkurse angeboten werden.

Lückenbüßertum von Schulvereinen und „Stadtteil-Schule“ beenden

Regelaufgaben sind von der Bildungsbehörde zu finanzieren.

Inklusion

Wir FREIE WÄHLER bekennen uns zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention und der inklusiven Beschulung. Grundvoraussetzung einer gemeinsamen Beschulung aller Schüler ist eine angemessene personelle und räumliche Ausstattung. Eine flächendeckende Einführung ohne Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen und eine geplante Ausweitung auf sämtliche Gymnasien wiederum ohne grundlegende Gesamtkonzeption lehnen wir ab. Es braucht ein klares Konzept für die weitere Umsetzung der Inklusion unter Erhalt der Förderschulen auch im Bereich multipler Beeinträchtigungen und einem zielgerichteten Einsatz finanzieller Mittel und personeller Ressourcen.

Verantwortungsvolle Medienkompetenz

Den Schülern muss eine Medienkompetenz vermittelt werden, die sich an verantwortungsvollen, pädagogischen Konzepten orientiert. Die Schüler müssen einerseits dazu befähigt werden, mit den Anforderungen einer digitalen Welt zurechtzukommen. Andererseits muss ihnen aber auch die Freiheit vermittelt werden, zu der digitalen Welt eine kritische Distanz aufzubauen. Das Ziel sind Schüler, die frei darüber entscheiden können, ob eine Kommunikation oder eine Tätigkeit digital oder analog ausgeübt wird.

Enge Kooperationen zwischen Schulen und externen pädagogischen Partnern

Gerade der Ganztagserschulung, aber auch die Verkürzung der Gymnasialausbildung haben zu einer weiteren deutlichen Schwächung der Sportvereine, privater Musiklehrer und der Musikschulen geführt. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine engere Kooperation und Einbindung externer pädagogischer Partner wie der Musikschule Bremen, gemeinnütziger Sportvereine und freischaffender Musiklehrer ein.

Ausbau des Ganztagserschulungsangebotes

Im Rahmen der Schulstandortplanung ist das Angebot an offenen und gebundenen Ganztagserschulungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszubauen. Die Planung ist zwischen Eltern, Schulen und Verwaltung abzustimmen und nicht wie derzeit vornehmlich von der Deputation für Kinder und Bildung festzulegen. Wir lehnen einen vollständigen verpflichtenden Ganztagserschulungsbetrieb, der teilweise aus ideologischen Gründen verfolgt wird, ab und wollen die aktuellen Hortbetreuungsangebote eng und pragmatisch in die weiteren Ausbauplanungen einbinden. Der Elternwille ist maßgeblich und wir erkennen einen Wert darin, dass Eltern mit ihren Kindern mehr Zeit verbringen wollen oder eine andere Freizeitgestaltung haben.

Stärkung des Schulsports und des Schwimmunterrichts

Dem zunehmenden Bewegungsmangel bei Kindern und insbesondere der abnehmenden Schwimmfähigkeit der Grundschul Kinder ist mit konsequenten Mitteln entgegen zu wirken. Die Sporthallen sind prioritär in einen angemessenen Zustand zu versetzen.

Wir FREIE WÄHLER regen an, ein Konzept zu entwickeln, um mehr Kinder für Sportvereine zu begeistern.

Wertschätzung und Ausbau musisch-künstlerischer Fertigkeiten

Die Ausrichtung der Bildungsbehörde auf die Kernfächer Deutsch, Mathe, Englisch und MINT-Fächer zulasten des weiteren Fremdspracherwerbs und der musisch-künstlerischen Fächer ist aus Sicht der FREIE WÄHLER nicht ausreichend.

Der Kunst-, Zeichen-, Werk- und Musikunterricht ist in den Grund- und weiterführenden Schulen wieder deutlich zu stärken.

Überarbeitung und Aktualisierung sämtlicher Lehrpläne

Die Lehrpläne in sämtlichen Schulfächern sind regelmäßig zu aktualisieren und ein Bildungskanon für alle Fächer in enger Abstimmung zwischen Schulen und der Landesschulverwaltung zu entwickeln.

Klare Werteorientierung in Schule und Ausbildung

Wir FREIE WÄHLER halten Grundwerte unserer Gesellschaft für unverhandelbar und glauben, dass diese eingefordert werden müssen.

Konsequentes Vorgehen gegen Schulschwänzer

Die Schulpflicht ist in Bremen und Bremerhaven durchzusetzen und jede Form der Schulvermeidung mit Nachdruck zu verfolgen.

Erwachsenenbildung

Die Weiterbildung hat einen besonderen Stellenwert und muss gerade aufgrund aktueller Herausforderungen wie der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft, der Zuwanderung und Nachqualifizierung sowie der digitalen Teilhabe und weiteren Alphabetisierung gestärkt werden. Hierzu bedarf es einer angemessenen Bezahlung der Lehrkräfte, geeigneter, ausreichender Raumkapazitäten mit entsprechender Ausstattung und sinnvoll-zielorientierte Inhalte.

KUNST UND KULTUR

Kunst und Kultur sind frei

Für uns FREIE WÄHLER ist die Kunstfreiheit kein Lippenbekenntnis. Es sind jegliche ideologische Einflussnahmen auch durch die politische Förderpolitik zu verhindern.

Umfassende Reform der Förderpolitik

Wir wollen mehr Transparenz in der bundesweiten und regionalen Kulturförderpolitik. Die Fülle der Förderinstrumente ist unüberschaubar und gerade in Bremen auf unterschiedliche Ressorts verteilt.

Der Kulturetat ist von sämtlichen Jugendhilfe- und Sozialmaßnahmen zu entrümpeln und eine klare Verantwortungsstruktur zu etablieren.

Klare, langfristig angelegte Kulturstrategie

Wir FREIE WÄHLER stehen für eine langfristig angelegte Kulturstrategie im Austausch mit der Region. Kultur gehört in den Mittelpunkt der Gesellschaft und somit ressortübergreifend in einen klaren Handlungszusammenhang.

Hierzu erarbeiten wir gemeinsam mit den Kulturakteuren ein überzeugendes Leitbild für die Zwei-Schwestern-Kulturstadt Bremen.

Reform des öffentlichen Rundfunks

Wir FREIE WÄHLER stehen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, fordern allerdings eine Besetzung der Gremien mit sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern – ohne Parteieneinfluss.

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine Beendigung prekärer Beschäftigung im öffentlichen Rundfunk ein.

Print-Medien und Büchervielfalt stärken

Für die FREIEN WÄHLER genießen Print-Medien und Bücher eine besondere Wertschätzung, die es durch geeignete Förderung und Unterstützung besonders im Fortbestand zu sichern gilt.

Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft

In Bremen gibt es eine lebendige Szene an Akteuren in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Vom Filmwesen bis zu freischaffenden Tonkünstlern oder Event-Veranstaltern und Gastronomen gibt es ein sehr hohes kreatives Potential. Mit viel Herzblut und Engagement werden Aktivitäten umgesetzt, die aus der Politik Unterstützung erhalten muss.

Rücksichtnahme und Toleranz

Die FREIEN WÄHLER erfreuen sich an einer vielfältigen Jugendkultur und deren Bedürfnis nach fröhlicher Begegnung. Für ein generationenübergreifendes gedeihliches Zusammenleben ist es jedoch unverzichtbar, sich auch auf bestimmte Regeln zu einigen. Toleranz und Rücksichtnahme sind bei Freiluft-Partys und Abendveranstaltungen von besonderer Bedeutung.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Guter und gleicher Lohn für gute Arbeit

Wir FREIE WÄHLER setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass Männer und Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten und eine gute Leistung der Arbeitnehmer anständig und fair bezahlt wird.

Entwicklung eines übergeordneten Rahmenplanes für die Wirtschaftsentwicklung

Wir FREIE WÄHLER halten es für dringend erforderlich, gemeinsam mit den handelnden Akteuren in einem konstruktiven, ideologiefreien Austausch einen Rahmenplan auf der Basis der von der Handelskammer Bremen Bremerhaven und der Arbeitnehmerkammer vorgelegten Zukunftskonzepte für die wirtschaftliche Entwicklung Bremens zu entwickeln. Vorrangige Ziele eines solchen Rahmenplanes sind eine Aktivierung der Menschen für ihren gesellschaftlichen

Beitrag, eine angemessene Planung und Umsetzung von Infrastrukturvorhaben sowie ein gesundes, wertorientiertes Wirtschaftswachstum.

Stärkung des lokalen Einzelhandels und regionaler Handwerksbetriebe

Der Einzelhandel steht vor besonderen Herausforderungen im Zeitalter weltweiter Warenströme, des Online-Handels und der Marktmacht großer internationaler und nationaler Konzerne. Auf lokaler Ebene setzen wir FREIE WÄHLER uns für eine Unterstützung der Stadtteilzentren, ein gutes Nahversorgungsangebot sowie eine bestandsschützende Flächengenehmigungspolitik ein.

Gerade Handwerksbetriebe leiden erheblich unter dem fortschreitenden Fachkräftemangel, der teilweise erheblichen Bildungs- und Orientierungsdefizite bei jungen Menschen und einer mitunter überbordenden Bürokratie. Insofern sind konsequente Investitionen in die Bildung und Ausbildung junger Menschen die beste Sicherung einer positiven Zukunft im Handwerk. Wir FREIE WÄHLER stehen für eine deutliche Qualitätssteigerung sämtlicher Bildungsanstrengungen und einen konsequenten Abbau von nicht unbedingt notwendigen bürokratischen Forderungen.

Verpflichtende Betriebspraktika und wirtschaftliche Grundlagenbildung

Die FREIEN WÄHLER setzen sich dafür ein, dass an allen weiterführenden Schulen in Bremen sinnvoll vor – und nachbereitete Betriebspraktika zum Standard gehören und grundlegende Kenntnisse über unterschiedliche Mindest-Berufsanforderungen, unternehmerische Grundlagen und ein Wirtschaftsbasiswissen in den Schulen erteilt werden.

Sachgerechte Vergabeentscheidungen der öffentlichen Hand

In Bremen werden allzuoft Investitionsentscheidungen der öffentlichen Hand allein auf Basis des vermeintlich günstigsten Preises erteilt. Dies wird wiederum häufig durch „unvorhergesehene“ Preissteigerungen, Konflikte über Nachforderungen oder eine mangelhafte, weil nicht „Preis-Wert-adäquate“ Ausführung bestraft. Es sind demnach geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um eine Entscheidung nicht allein anhand des Preises, sondern durch alternative Methoden bspw. dem „Schweizer-Modell“, wonach der jeweils Zweitgünstigste Anbieter den Auftrag erteilt bekommt, zu treffen.

Tourismusstandort stärken

Bremen und Bremerhaven sind attraktive Ziele für den wachsenden Markt des Städtetourismus. Das im Rahmen eines umfangreichen Beteiligungsprozesses erarbeitete Landestourismuskonzept 2025 ist umzusetzen. Die Hotelkapazitäten sind marktgerecht und zielgruppenorientiert weiter zu entwickeln. Wir FREIE WÄHLER sehen die Aktivitäten von „privaten“ Übernachtungsplattformen kritisch. Die Stadtentwicklung und insbesondere die Innenstadtentwicklung sind vorrangig an den Bedürfnissen der Bremer Bürger zu messen und dann an den Interessen von Touristen und Gästen.

Gewerbegebiete nachhaltig und übergreifend fortentwickeln

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass auch bestehende, aus dem Fokus geratene Gewerbegebiete in den Randbezirken in den Blick genommen werden. Im Rahmen eines Gesamt-Standortplanes sind diese Gebiete an moderne Standards anzupassen.

Flächendeckend und planvoll ist in Bremen und Bremerhavens Gewerbegebieten eine adäquate, moderne Verkehrsinfrastruktur und Breitbandversorgung sicherzustellen.

Insbesondere die Verkehrs- und Hafeninfrastruktur sind in Bremen und Bremerhaven langfristig und nachhaltig zu entwickeln, so dass sich Fehlplanungen und vermeidbare Verkehrsinfarkte wie in der Bremer Überseestadt nicht wiederholen.

„Cluster-Strategie“ und „Wirtschaftsförderung“ überarbeiten und neu ausrichten

Die Politik muss nachvollziehbare Rahmenbedingungen und eine angemessene Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Wissenschaftsstandort weiter entwickeln

Die Universitäten und Hochschulen im Land Bremen sind zu stärken. Die Universität Bremen ist in ihren Bemühungen zur Wiedererlangung des Exzellenz-Status zu unterstützen, ohne dass dies zu Lasten des Lehr- und Forschungsbetriebs geht.

Die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven, die Fachhochschulen und Berufsakademien sowie die privaten Universitäten und Ausbildungsstätten genießen teilweise international allerhöchste Anerkennung. Von der privaten Jacobs-University, die Hochschule für Künste mit ihrer international bedeutenden Akademie für Alte Musik, die Hochschule für öffentliche Verwaltung, die Deutsche Verkehrs- und Außenhandelsakademie oder auch die Verkehrsfliegerschule der LUFTHANSA sind genauso wie die Hochschule Bremen und die Hochschule Bremerhaven in ihren jeweiligen Anstrengungen zur individuellen Weiterentwicklung zu unterstützen.

Existenzgründungsförderung reformieren

Eine Wirtschaftsförderung sollte ihre Aufgabe darauf beschränken, eine aktive Ansiedlungspolitik und gute Rahmenbedingungen für eine Gründungskultur zu schaffen.

Umfassender Bürokratieabbau und schlanke Genehmigungsverfahren

Wir FREIE WÄHLER stehen für einen umfassenden Bürokratieabbau auf allen staatlichen Ebenen und eine Verschlankung aller Prozesse und Genehmigungsverfahren. Unnötige Statistik-, Aufzeichnungs-, Dokumentations- und Meldepflichten sind auf ein Minimum zu reduzieren.

Überprüfung der Subventionen für Qualifizierungsgesellschaften

In Bremen gibt es eine ganze Reihe von stark geförderten Qualifizierungsgesellschaften. Diese müssen sich aus Sicht der FREIEN WÄHLER einer jährlichen, konsequenten Kontrolle unterziehen und Erfolge nachweisen beispielsweise in Form von Prüfungsnachweisen oder Vermittlungen in den Arbeitsmarkt.

Spielhallen und Wettbüros beschränken

Gerade in Stadtteilen mit sozialen Herausforderungen finden sich in Bremen und Bremerhaven verstärkt Spielhallen und Wettbüros. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine deutlich strengere Reglementierung der legalen Glücksspielmöglichkeiten und eine Beschränkung der Konzessionen ein.

SICHERHEIT UND RECHTSSTAAT

Reform der Polizeireform 2600

Wir FREIE WÄHLER unterstützen eine technische Aufrüstung des Polizeiapparates, um den gestiegenen Anforderungen gerecht werden zu können. Aufgrund digitaler Technik lassen sich sinnvoll Aufgaben zentralisieren. Wir begrüßen ausdrücklich die Einrichtung von zentralen Verbrechensbekämpfungseinheiten.

Den aktuellen Entwurf der Polizeireform und eine Schließung von Revieren in den Stadtquartieren lehnen wir ab. Vielmehr müssen die Stellen der insgesamt 100 Kontaktpolizisten dringend kurzfristig besetzt werden. In jedem Revier muss es eine ausreichende personelle Ausstattung mit Kontakt- und Beratungsangeboten geben, auch um die speziellen Orts- und Milieukenntnisse zu erhalten.

Wir fordern eine Personalaufstockung im Polizeiapparat auf 3.000 Beamte, eine angemessene, moderne Ausrüstung und eine sachgerechte Organisationsstruktur in allen Stadtteilen, um die innere Sicherheit und Lebensqualität nachhaltig sicherzustellen. Es muss sichergestellt werden, dass die tariflich vereinbarten Erhöhungen die Beschäftigten auch erreichen.

Konsequente Bekämpfung rechtsfreier Räume

Polizei und Justiz müssen mit aller Entschlossenheit und Effektivität gegen rechtsfreie Räume in Bremen und Bremerhaven vorgehen. Dazu gehört eine konsequente und effektive Verfolgung insbesondere der Clan-Kriminalität, Geldwäsche, Gewaltkriminalität, Menschenhandel und illegaler Prostitution.

Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols

Wir FREIE WÄHLER lehnen Bürgerwehren oder ähnliches nachdrücklich ab und wollen, dass der Staat sein Gewaltmonopol wirksam durchsetzt.

Ausreichende und sachgerechte Ausstattung im Justizwesen

Die Überlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist dringend und kurzfristig zu korrigieren. Durch geeignete organisatorische Maßnahmen und die Neueinstellung von Fachkräften ist der Justizapparat in enger Abstimmung mit den Bedarfsanmeldungen der Institutionen und deren Arbeitnehmervertretungen arbeitsfähig aufzustellen. Die Besoldungsbedingungen sind auf das Niveau der anderen Bundesländer anzupassen und die Arbeitsabläufe so zu gestalten, dass der Rechtsstaat wieder reibungslos und zeitnah auf seine Beanspruchung reagieren kann.

Stärkung des Verfassungsschutzes

Aufgrund neu entstandener Herausforderungen u.a. aus der Digitalisierung sind die entsprechenden Analyse – und Bearbeitungsmöglichkeiten in der Bekämpfung links- und rechtsradikaler Bedrohungen deutlich zu stärken. Der Verfassungsschutz ist demnach materiell und personell bedarfsgerecht und wirksam auszustatten.

Gerade auch der politische Salafismus erfordert in Bremen eine genaue Beobachtung und wirksame Bewältigung. Bremen darf nicht weiter Hochburg solcher Tendenzen wegen einer augenscheinlich unterfinanzierten und organisatorisch nicht ausreichend ausgestatteten Polizei und Justiz sein.

Überprüfung der Präventionspolitik

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine aktive und zielführende Präventionspolitik ein. Nach einer umfassenden Überprüfung der bisherigen Strukturen ist eine geeignete Methodik zu entwickeln, um unsere Werteordnung frühzeitig, einbindend und ernsthaft zu vermitteln.

FLÜCHTLINGE UND MIGRATION

Asyl ist Bleiberecht auf Zeit. Durch Verfolgung und wirtschaftliche Not in vielen Teilen der Welt verlassen Millionen Menschen ihre Heimat. Die Länder Europas und insbesondere Deutschland üben eine hohe Anziehungskraft als Ziel gewaltiger Wanderungsbewegungen aus Afrika und dem Nahen Osten aus. Bei aller Hilfsbereitschaft können wir diese Krise nicht durch dauerhafte Zuwanderung unter Berufung auf das Asylrecht bewältigen.

Daher fordern wir:

- Sicherung des Grenzschutzes an den Europäischen Außengrenzen
- Ausreichende Finanzierung der Deutschkurse für Migranten
- Gewalt im Islam darf kein Tabuthema sein
- Beendigung der Verschleierungsversuche in der Arbeitslosenstatistik
- Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes.
- Effektive und zügige Bearbeitung von Asylverfahren
- Neben einem schnelleren Abschluss der Asylverfahren ist ebenso die rasche Rückführung abgelehnter Asylbewerber erforderlich. Deshalb muss auch die Aufnahmebereitschaft sicherer Herkunftsländer gewährleistet werden. Dafür ist eine Intensivierung der Anstrengungen zur Erreichung von Rückführungsabkommen mit weiteren Ländern Afrikas und Asiens notwendig.
- Einrichtung von UN-Schutzonen in Krisengebieten. Wir wollen uns auf internationaler Ebene für die von Experten geforderte Einrichtung von UN-Schutzonen stark machen. Unter Führung der Vereinten Nationen muss die internationale Staatengemeinschaft in Krisengebieten künftig rasch geeignete Landstriche sichern, um den fliehenden Menschen vor Ort Sicherheit und eine Grundversorgung zu geben. Damit bleibt ihnen die lebensgefährliche Weiterflucht in Richtung Europa erspart.
- Volle Kostenübernahme der Integrationspolitik durch den Bund. Wir wollen, dass die Bundesebene vollumfänglich für die Kosten der Integration der Flüchtlinge aufkommt.
- Integration durch Fordern und Fördern. Diejenigen Zugewanderten, die bei uns bleiben werden, sollen so gut wie möglich Integrationschancen in unsere offene Gesellschaft erhalten. Doch Integration ist keine Einbahnstraße. Damit sie gelingt, müssen wir die Zuwanderer fördern, aber auch ihre Bereitwilligkeit zur Integration einfordern. Der Erwerb der Sprache, die Bereitschaft sich für unseren Arbeitsmarkt nach zu qualifizieren, aber auch unsere liberale Gesellschaftsordnung anzuerkennen, gehören unweigerlich dazu.
- Gerechtigkeit bei den Gesundheitskosten für Asylbewerber. Wir wollen nicht, dass der Staat die Beiträge der gesetzlich Versicherten für die Finanzierung der Gesundheitskosten der Asylbewerber heranzieht.

HAUSHALT UND FINANZEN

Es braucht eine umfassende Bestandsanalyse der gesamten Haushaltsaufstellung und eine neue Prioritätensetzung. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für einen umfassenden Umbau der Verwaltung ein. Einen Umstieg auf eine unabhängige, effektive und leistungsorientierte Verwaltung. Es muss förmlich ein Ruck durch Bremens Verwaltung gehen, dass endlich der „Filz“ aufhört und sach- und fachgerechte Entscheidungen in allen Verwaltungsbereichen getroffen und die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

Die größten Herausforderungen in Bremen bestehen darin, mehr Menschen in Lohn und Brot und aus der sozialen Abspaltung zu bekommen sowie in der Sanierung der öffentlichen Infrastruktur. Für den Abbau der Arbeitslosigkeit, der Armutbedrohung und der Kinderarmut braucht es ein klares Konzept für Bildung, Ausbildung und Qualifizierung. Wir FREIE WÄHLER wollen allen Menschen die Möglichkeit geben, das Beste aus ihren jeweiligen Möglichkeiten zu machen und dabei behilflich sein, ihren Platz im Leben zu finden.

Nach Auffassung der FREIEN WÄHLER LV Bremen ist die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in erster Linie ein Auftrag für hartes Arbeiten am Erhalt der Selbständigkeit Bremens. Nur wenn wir dem Bund und den anderen Geber-Ländern vermitteln können, dass wir mit unseren selbst erwirtschafteten Mitteln und den Zuwendungen Dritter vollumfänglich sinnvoll, sach- und fachgerecht umgehen, hat die Selbständigkeit Bremens eine langfristige Berechtigung. Hierzu muss der gesamte Haushalt durchforstet werden, um Unwesentliches und „Tinnef“ zu streichen, sinnvolle Umwidmungen vorzunehmen und an geeigneter Stelle Bundes- und EU-Mittel einzuwerben.

Daher fordern wir:

- Schonungslose Bestandsanalyse der gesamten Mittelverwendung in der aktuellen Haushalts- und Mittelfristplanung und Umschichtung der Mittel anhand folgender Prioritäten
- Schonungslose Bestandsaufnahme des Sanierungsstaus in der öffentlichen Infrastruktur insbesondere im Verkehrswesen und Bildungsbereich
- Strukturierte Finanzplanung unter besonderer Prioritätensetzung für die Schulsanierung und die Instandsetzung vordringlicher Projekte

- Keine Neu-Verschuldung
- Langfristiger Erhalt der Selbständigkeit Bremens

Impressum

FREIE WÄHLER – Landesvereinigung Bremen

Vorsitzender: Olaf Dinné

Landesgeschäftsstelle

Fedelhören 88, 28203 Bremen

Stand: 18. Januar 2019

V.i.S.d.P.: Olaf Dinné

FREIE WÄHLER

Landesvereinigung Bremen

Vorsitzender: Olaf Dinné

Landesgeschäftsstelle

Fedelhören 88, 28203 Bremen

www.hb.freiewaehler.eu